



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisbüro: Markt 10-12

53111 Bonn

0228 -184 99832

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030 - 227 - 77088

stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 21/09

16. März 2009

Es gibt keine Beschlüsse zum Umzug der BaFin nach Frankfurt

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber und Dr. Stephan Eisel beklagen die ständigen Forderungen und Gerüchte zu einem Umzug der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) von Bonn nach Frankfurt. „Hier werden völlig unnötig Unruhe und Unsicherheit bei den Mitarbeitern und ihren Familien geschürt, ohne dass es dafür sinnvolle Argumente oder gar Beschlüsse gibt,“ beklagen die Abgeordneten.

Beide führen bereits seit geraumer Zeit Gespräche insbesondere mit den Finanz- und Haushaltspolitikern ihrer jeweiligen Parteien. „Die Forderung, dass die Dienstaufsicht über die Banken nach Frankfurt gelegt werden müsse, weil dort die stärksten Finanzakteure sitzen, ist nicht schlüssig,“ meint Stephan Eisel (CDU), „die Aufsicht muss gerade möglichst in räumlicher Entfernung zu den Akteuren sitzen, so wie es der Bundesrechnungshof vormacht.“ „Eine stärkere Verzahnung der BaFin mit der Bundesbank am Standort Frankfurt, wie Finanzminister Steinbrück vorgeschlagen hat, heißt keineswegs, dass die gesamte BaFin nach Frankfurt verlegt werden soll, sondern betrifft zunächst nur die heute schon in Frankfurt arbeitenden Abteilungen der BaFin. Er hat mir mehrmals versichert, dass es dazu keinerlei Festlegungen gäbe und schon gar keine Beschlüsse der Bundesregierung,“ so Ulrich Kelber (SPD).

Beide Abgeordneten beklagten, dass die wachsende Verunsicherung bei den Beschäftigten dazu führe, dass der BaFin weitere Fachleute und ihr Fachwissen verloren gehen könnten, die einen neuerlichen Umzug der Behörde nicht mitmachen wollen. „Es ist schon befremdlich, wenn kaum zehn Jahre nach dem Umzug der alten Bankaufsicht von Berlin nach Bonn schon wieder über einen Umzug der Behörde gesprochen wird. Wer mitten in der Finanzkrise eine der wichtigsten Aufsichtsbehörden über Monate lahmlegen will und den Verlust von Fachwissen riskiert, beweist wenig Verantwortungsbewusstsein,“ so Eisel und Kelber.